

Aktuelles

Christliche Influencer unter Verdacht



Christlichen Influencerinnen wird unterstellt extremistische Ideologien zu verbreiten (Symbolbild)

Quelle: Envato, msvyatkovska

Wie es der Begriff ausdrückt, wollen Christfluencer über die sozialen Medien Einfluss gewinnen, um auf Christus hinzuweisen. Einige werden allerdings inzwischen vom Verfassungsschutz beobachtet – ist das überzogen oder gerechtfertigt?

Dass das Internet ein Sammelbecken an Meinungen ist, ist nichts Neues. Seit einer Weile generieren hauptsächlich jüngere Frauen auf TikTok und Instagram zehntausende Follower, indem sie als sogenannte Christfluencerinnen über ihren Glauben sprechen, Bibelseiten teilen und ihre Meinung zu gesellschaftlichen Themen äussern. Das ist mal ermutigend und positiv und mal angriffig und

zumindest fragwürdig. Am 13. Juni [berichtete die ZEIT](#) darüber, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz in Deutschland einige dieser Akteure besonders in den Blick nehme, «die extremistische Ideologie mit christlich-religiösen Motiven zu verbreiten suchen und Verbindungen zur AfD unterhalten». Am Wochenende reagierte [Stefanie Hollweck vom Sonntagsblatt](#) darauf und klärte auf, dass es dabei weder um Einzelkontakte zur AfD ginge noch um einen Generalverdacht für Gläubige.

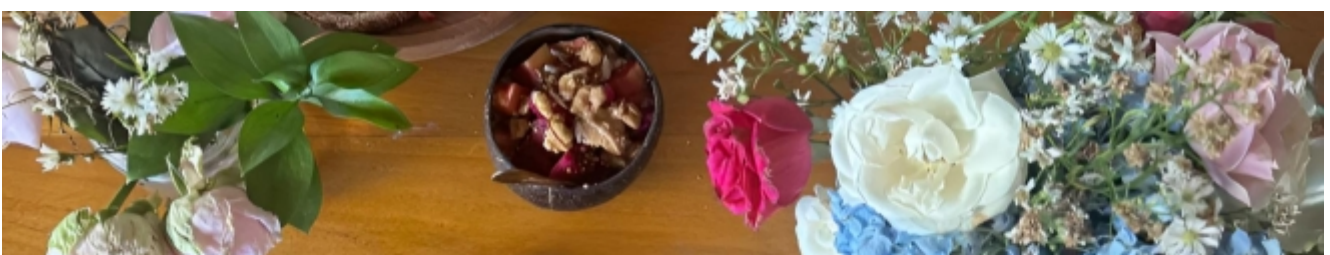
Im Fokus steht Extremismus

Im Fokus der Ermittlungen stünden weder der Glaube dieser Christfluencer und Christfluencerinnen noch ihre politische Einstellung. Es gehe «nicht um Religion an sich oder Mission, sondern um die Verbindung von religiösen Botschaften mit rechtsextremen, demokratiefeindlichen oder menschenfeindlichen Inhalten». Dabei ist das Ziel keine flächendeckende Beobachtung aller oder vieler Aktiven in den sozialen Medien. Wenn die ZEIT titelt: «Christliche Influencer pflegen laut Verfassungsschutz Kontakte zur AfD», klinge dies zwar markant, gehe aber an der Wirklichkeit vorbei. Hollweck unterstreicht: «Das Problem ist nicht die bloße Parteinähe, sondern die Kombination aus religiöser Legitimation, demokratiefeindlichen Positionen, Verschwörungserzählungen und politischen Vernetzungen.» Konkrete Influencer-Namen wurden bei der Anfrage im Deutschen Bundestag dazu nicht genannt.

Natürlich darf Glaube im Netz dargestellt werden

Einzelne Gläubige wittern bereits ihre Verfolgung um des Glaubens willen. Nein, davon ist in Deutschland keine Rede. Einzelne Gegner christlicher Überzeugungen würden diese tatsächlich gern unter Generalverdacht stellen und aus der öffentlichen Diskussion heraushalten. Auch das ist in der aktuellen Situation nicht der Punkt. Die verbrieftene Meinungs- und Religionsfreiheit gilt auch für Internetformate – allerdings beinhaltet sie auch ein hohes Mass an Verantwortung. Hollweck stellt dazu klar, dass Abwertung und Ausgrenzung «nicht nur den Betroffenen [schadet], sondern auch der Glaubwürdigkeit von Kirche und Christentum insgesamt».

Influencer dürfen auch seltsam sein



Kayla Bundy veröffentlicht Impulse und Ratschläge zum Thema «biblische Ernährung»

Quelle: kaylabundy.com

An diesem Wochenende brachte auch die NZZ einen Christfluencer-Artikel. Darin ging es um den Internet-Trend «Bible Food» und die christliche Influencerin [Kayla Bundy](#). Seit einer Weile verbreitet diese über Social Media die Idee, dass es besonders gesund wäre, nur das zu essen, was es zu biblischen Zeiten bereits gab, weil falsches «Essen dazu gemacht wurde, dem Feind unbemerkt Zugang zu deinem Körper zu verschaffen...» Solche Meinungen gibt es natürlich nicht nur im christlichen Spektrum und mit frommem Anstrich: Das Internet ist geradezu ein Sammelbecken für sinnvolle Informationen sowie sinnfreie Meinungen – und natürlich entscheidet die Reichweite nicht über deren Richtigkeit.

Religion legitimiert keine Menschenfeindlichkeit

Die Herausforderung für christliche Angebote in den sozialen Medien ist es, meinungsstark, pointiert und liebevoll den Glauben zum Thema zu machen. Lebensentwürfe können sich unterscheiden – und das werden sie immer tun, «doch die biblische Botschaft wird problematisch verkürzt, wenn einzelne Verse herausgegriffen werden, um Hass, Ausgrenzung oder demokratiefeindliche Vorstellungen zu legitimieren», unterstreicht Stefanie Hollweck. Sie plädiert deshalb für ein Angebot, das von Offenheit, Dialog und Respekt bestimmt ist und nicht mit Angst, Feindbildern und dem einen richtigen Weg arbeitet, das eigene Leben zu gestalten. «Die Debatte dürfte dennoch weitergehen. Denn sie berührt eine grundlegende Frage: Wie können Kirchen, Gemeinden und Christ:innen ihren Glauben öffentlich leben, ohne dass religiöse Sprache von politischen Extremisten vereinnahmt wird?»

*Zum Autor: **Hauke Burgarth** (*1964) ist gebürtiger Hamburger und lebt in Pohlheim bei Giessen. Hauke arbeitet freiberuflich als Lektor, Autor und Journalist. Daneben engagiert er sich in Teilzeit, aber mit ganzem Herzen, als Pastor der Christusgemeinde in Lich.*

Datum: 22.06.2026

Autor: Hauke Burgarth

Quelle: Livenet / NZZ vom 21.6.26 / Sonntagsblatt vom 20.6.26

Tags

[Soziale Medien](#)

[Politik](#)

Christen in der Gesellschaft